

Antrag

der Abgeordneten Dr. Peter Glotz, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Hans Berger, Lieselott Blunck (Uetersen), Dr. Ulrich Böhme (Unna), Edelgard Bulmahn, Hans Martin Bury, Freimut Duve, Dr. Fritz Gautier, Gerlinde Hämmerle, Lothar Ibrügger, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Dr. Elke Leonhard-Schmid, Walter Kolbow, Herbert Meißner, Christian Müller (Zittau), Otto Schily, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Günter Verheugen, Gerd Wartenberg (Berlin), Verena Wohlleben, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

ERP-Pressekredit- und Modernisierungsprogramm für die neuen Länder

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, aus Mitteln des ERP-Sondervermögens zur Schaffung, Erhaltung und Sicherung der Vielfalt der Meinungsbildung in den neuen Ländern kleinen und mittleren Presseunternehmen Darlehen für die Finanzierung technischer Einrichtungen zur Herstellung, des Vertriebes von Zeitungen und Zeitschriften sowie für die hierfür notwendigen Baumaßnahmen zu gewähren.

Das ERP-Pressekreditprogramm sollte dabei auf folgenden Richtlinien beruhen:

1. Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind

- kleinere und mittlere Presseverlage, soweit ihre Zeitungen oder Zeitschriften überwiegend der politischen Unterrichtung und Bildung dienen, soweit sie nicht vor dem 9. November 1989 bestanden haben bzw. aus bereits vor diesem Zeitraum bestehenden Unternehmen hervorgegangen sind und soweit ihre Verkaufsauflagen bei mehrmaligem wöchentlichen Erscheinen die Auflagenhöhe von 80 000 Exemplaren bzw. bei wöchentlichem Erscheinen die Auflagenhöhe von 40 000 Exemplaren nicht überschreiten,
- Kooperationen der oben genannten Presseverlage, soweit sie geeignet sind, das redaktionelle Angebot zu erweitern bzw. zu konsolidieren oder über andere Wege der Kooperation die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmen spürbar zu verbessern,
- durch das ERP-Pressekreditprogramm geförderte Presseverlage und Kooperationen, die den ausgesetzten Höchstbetrag nicht ausgeschöpft haben, und

- verlagsfremde Druckereien, die für antragsberechtigte Presseverlage ständig Druckleistungen erbringen.

2. Darlehenskonditionen

- Gefördert werden die in den allgemeinen Bedingungen für die Vergabe von ERP-Mitteln genannten Investitionen. Dies schließt auch Investitionen gebrauchter Anlagegüter ein, sofern sie zumindest für eine Produktionsphase angelegt sind, die zwei Drittel der diesem ERP-Kreditprogramm zugrundeliegenden Laufzeit überschreitet (ausgenommen Fahrzeuge).
- Das Darlehen beträgt höchstens 1 000 000 DM. In begründeten Ausnahmefällen können bis zu 5 000 000 DM gewährt werden.
- Die Auszahlung des Darlehens erfolgt zu 100 %.
- Die Laufzeit beträgt bis zu zehn Jahre, für Bauvorhaben bis zu 15 Jahre. Tilgungsfrei sind höchstens zwei Jahre.
- Der Zinssatz beträgt 6,5 % p. a.

3. Antragsverfahren

Die Anträge können bei jedem Kreditinstitut gestellt werden. Die ERP-Darlehen werden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M., bereitgestellt.

Wenn ein über den im Einzelfall vorgesehenen Rahmen hinausgehender Kreditbedarf begründet wird, ist ein weiteres Darlehen aus dem Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu den dafür vorgesehenen Konditionen möglich.

4. Weitere Vergaberichtlinien

Auf die Allgemeinen Bedingungen für die Vergabe von ERP-Mitteln wird verwiesen.

Das Programm ist auf zwei Jahre befristet.

Bonn, den 4. Mai 1993

Dr. Peter Glotz
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Hans Berger
Lieselott Blunck (Uetersen)
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Edelgard Bulmahn
Hans Martin Bury
Freimut Duve
Dr. Fritz Gautier
Gerlinde Hämmerle
Lothar Ibrügger
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)

Dr. Elke Leonhard-Schmid
Walter Kolbow
Herbert Meißner
Christian Müller (Zittau)
Otto Schily
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Günter Verheugen
Gerd Wartenberg (Berlin)
Verena Wohlleben
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Nach einem Bericht der Bundesregierung, basierend auf einer von ihr in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Untersuchung, besteht auf dem ostdeutschen Zeitungsmarkt die Gefahr einer starken Pressekonzentration:

- Der Übergang zu einem marktwirtschaftlichen Pressesystem hat an der marktbeherrschenden Stellung der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, die alle von großen westdeutschen Verlagen aufgekauft worden sind, keine wesentlichen Änderungen bewirkt. Ihr Anteil an der Verkaufsauflage der Abonnementstageszeitungen lokaler/regionaler Verbreitung beträgt nach wie vor ca. 90 %.
- Für neue Tageszeitungen sind aufgrund der marktbeherrschenden Stellung der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen die Marktzutrittsprobleme nahezu unüberwindbar. Im harten Verdrängungswettbewerb mußten die meisten Neugründungen eingestellt werden; ihr Marktanteil beträgt noch knapp 8 %.

Auf diesem Hintergrund kann sich eine lokale Pressevielfalt nicht entwickeln, die politische Integrationsfunktion der Presse ist nicht gewährleistet.

Die Bundesregierung hat diesen Prozeß bisher nur beobachtend begleitet. Stärkere ordnungspolitische Vorgaben, auch mit Blick auf die Treuhand, sind bisher ausgeblieben.

Ein auf die neuen Länder beschränktes zusätzliches ERP-Pressekredit- und Modernisierungsprogramm kann daher als wertvolle Starthilfe gelten, das den kleinen und mittleren Zeitungsverlagen trotz der bestehenden Probleme den Marktzutritt ermöglicht oder hilft, sich auf diesem zu behaupten.

